

RESOLUTION

Die Energiewende schaffen

Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) wird begrüßt – Personalhaushalt muss nachgesteuert werden



Für Deutschland und Europa bedeutet die Energiewende einen notwendigen Weg in eine erfolgversprechende Zukunft. Wir, die ver.di-Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer der Tagung des Bundesfachbereiches 9, „*Personalratswahlen 2012 in der Bundesnetzagentur*“ in Gladenbach, begrüßen außerordentlich das Vorhaben der Politik zur Energiewende und deren Zielsetzung, dies bis zum Jahre 2024 zu bewältigen. Das NABEG ist hierzu ein wichtiges Instrument.

Während des Gesetzgebungsverfahrens hat ver.di zum Entwurf des NABEG Stellung genommen und ihre Position beschrieben. Nach dem Inkrafttreten des NABEG und den aufgenommenen Arbeiten in der Bundesnetzagentur (BNetzA) liegen erste Erkenntnisse vor, die eine entschiedene Kurskorrektur bezüglich der Personalausstattung der Bundesnetzagentur erfordern.

- Wir unterstützen nachdrücklich die **Forderung von ver.di** zu einer sach- und fachgerechten Personalausstattung in allen Bereichen der Behörde.
- Der Erfolg der Energiewende darf nicht durch eine weitere langwierige politische Debatte mit Meinungsverschiedenheiten über die personelle Ausstattung einer Behörde gefährdet werden oder sogar scheitern. Es ist schon jetzt absehbar, dass die bislang veranschlagten 240 Planstellen für die vielfältigen, weitreichenden und intensiven Aufgaben aus dem NABEG nicht ausreichen werden.
- Die BNetzA nimmt auch in anderen für den Wirtschaftsstandort Deutschland infrastrukturell wichtigen Bereichen steuernde und grundlegende Aufgaben wahr. Die **Energiewende** darf auch **nicht zu Lasten dieser Alt- Aufgaben** vorangetrieben werden.
- Bundesregierung und Bundestag sind aufgefordert, sorgsam zu überprüfen, wie und in welcher Höhe der BNetzA ausreichend qualifiziertes Personal rechtzeitig zur Verfügung gestellt wird. Ein Nachsteuern in späteren Haushaltsrunden ist im Vorhinein zu vermeiden, um u. a. nicht wertvolle Zeit zu verlieren.
- Die Bundesregierung hat eine soziale Verantwortung gegenüber den Beschäftigten bei der BNetzA. Diejenigen, die außerhalb des NABEG tätig sind, dürfen durch Umstrukturierungen und Umorganisationen nicht zusätzlichen Arbeitsbelastungen ausgesetzt werden.
- Die Bundesregierung hat auch eine Verpflichtung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern als Verbraucher/Kunden der Branchen Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist ein bedeutsamer Faktor hin zur Energiewende. Im Gesetzgebungsverfahren hatte die BNetzA einen wichtigen Punkt des NABEG erfüllt: Mit ihrer regionalen Präsenzstruktur (Standorte) ist die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern für die wichtige und erforderliche Öffentlichkeitsarbeit vorhanden.
- Die ver.di Seminarteilnehmerinnen und Teilnehmer der Bundesnetzagentur in Gladenbach fordern gemeinsam mit ver.di, dass für die bürgernahe Beteiligung zielführend sinnvolle Überlegungen angestellt werden, um auch hier später nicht nachsteuern zu müssen. Öffentlichkeitsarbeit und Bürgernähe müssen bei der Aufgabenerledigung im gleichen Focus bleiben, denn sie sind für den Erfolg der Energiewende in einer offenen demokratischen Gesellschaft von zentraler Bedeutung.